

Höherer Steuerabzug für Kitakosten

Die FDP hat einen neuen Vorschlag, um erwerbstätige Eltern rascher zu entlasten

Mathias Küng

Die kantonale FDP-Präsidentin und Grossrätin **Sabina Freiermuth** sowie FDP-Fraktionspräsident **Silvan Hilfiker** wollen Erwerbsarbeit für junge Mütter attraktiver machen. Dafür reichen sie am Dienstag im Grossen Rat eine Motion ein. Mit dieser wollen sie den Regierungsrat einladen, «dem Grossen Rat mit der nächsten Steuergesetzrevision die zur Erhöhung der steuerlichen Abzüge von Kinderdrittbetreuungskosten erforderlichen Anträge gemäss Steuerstrategie 2022-2030 zu unterbreiten».

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf könne über diverse Wege verbessert werden, finden Freiermuth (Sprecherin in dieser Sache) und Hilfiker. Eine wirksame Massnahme sei die Verbesserung der steuerlichen Abzugsfähigkeit der Kinderdrittbetreuung. Und da kommen die Motionäre auf die erst kürzlich vom Regierungsrat vorgestellte (im Rat noch nicht debattierte) Steuerstrategie zu sprechen. Darin führte diese nämlich aus, dass der Aargau bei einer Erwerbstätigkeit beider Eltern im interkantonalen Vergleich sehr schlecht dasteht.

So nimmt der Kanton zum Beispiel bei einem Gesamtpensum der Eltern von 140 Prozent

den zweitletzten Platz ein, bei einem Gesamtpensum von 120 Prozent ist es gar der letzte Platz im Ranking. Die mangelhafte steuerliche Abzugsfähigkeit der Kinderbetreuungskosten wirke sich negativ auf den Erwerbsanreiz aus und könne ein Grund dafür sein, dass im Aargau nachweislich weniger Frauen erwerbstätig sind als in anderen Kantonen, steht für Freiermuth und Hilfiker fest.

Letztlich Mehreinnahmen dank höheren Abzügen

Die finanziellen und volkswirtschaftlichen Auswirkungen einer Erhöhung dieser Abzüge seien hinlänglich bekannt. Freiermuth: «Mit dem erhöhten Steuerabzug sinken die Betreuungskosten und steigt die Teilnahme am Arbeitsmarkt. Das wiederum wirkt dem Fachkräftemangel entgegen und stärkt die Schweizer Volkswirtschaft. Weiter trägt die bessere Nutzung unseres eigenen Fachkräftepotenzials dazu bei, die Zuwanderung in die Schweiz zu senken, indem die Unternehmen weniger Arbeitskräfte aus dem Ausland rekrutieren muss.»

Derzeit können im Aargau jährlich maximal 10 000 Franken abgezogen werden. Am grösztzöglichen sind St. Gallen

«Das hilft gegen den Fachkräftemangel, ist für ihre Karriere gut und zahlt sich letztlich auch für den Staat aus.»



Sabina Freiermuth
Präsidentin der FDP Aargau

und Genf mit 25 000 Franken, in Uri gibt es sogar keine Begrenzung. Wie hoch soll der Aargau denn gehen? «Wir haben bewusst keine Zahl oder Grössenordnung in den Vorstoss hineingeschrieben. Wir wollen nicht schon eingrenzen und etwas vorwegnehmen. Uns geht es in dieser Phase um den Grundsatz. Die Erhöhung soll gegenüber den regierungsrätlichen

Am Dienstag Entscheid über das Budget 2023

Am Dienstag findet in Aarau eine Ganztagesitzung des **Grosses Rates** statt. Diese steht im Zeichen der Debatte über das Budget 2023. Bei diesem zeichnet sich ein Defizit von gegen 300 Millionen Franken ab. Dies vorab weil die ursprünglich erwarteten fast 160 Millionen Franken Gewinnausschüttung der **Nationalbank** nach heutigem Wissensstand wegfallen. Bekanntlich schrieb die SNB per Ende September einen Zwischenverlust von 142 Milliarden Franken. Auch der Finanzbedarf des **Kantonsospitals Aarau** von 240 Millionen Franken dürfte ein Thema sein. Wir berichten ab 10 Uhr im Liveticker über die Sitzung. (mku)

Plänen vorgezogen und schon in die nächste Steuervorlage einbezogen werden. Wir gehen so vor, um so schnell wie möglich Nägel mit Köpfen zu machen», sagt Freiermuth.

Freiermuth: «Es muss sich für beide lohnen»

Aber ist denn das Geld dafür da, und profitieren davon nicht auch Bestverdienende, die das nicht

nötig haben? Wie hoch genau es gehen soll und was es kosten darf, werde später entschieden, betont Freiermuth, das hänge natürlich auch von der weiteren Entwicklung der Kantonsfinanzen ab. Es gehe aber darum sicherzustellen, dass ein Elternpaar, bei dem beide erwerbstätig sind, dafür finanziell nicht bestraft wird, wie es heute teilweise der Fall ist.

«Es muss sich für beide lohnen. Wenn wir das erreichen, wird die Erwerbstätigkeit junger Mütter steigen. Das hilft gegen den Fachkräftemangel, ist für ihre Karriere gut und zahlt sich letztlich auch für den Staat aus, weil dann letztlich mehr Einkommen und daraus abgeleitet mehr Steuern und Sozialabgaben generiert werden. Das wäre also eine Win-win-Situation.»

Erhöhung zeitgleich mit nächster Steuervorlage

«Laut Steuerstrategie 2022-2030 plant der Regierungsrat die Umsetzung der von ihm vorgeschlagenen Massnahmen in drei Schritten. In einer bereits in die Wege geleiteten Revision des Steuergesetzes sollen unter anderem gerichtlich verfügte Anpassungen bezüglich Eigenmietwert sowie damit in Zusammenhang stehende Kompensa-

tionen bei Vermögens- und Einkommenssteuern umgesetzt werden. Die drei Massnahmen, welche sich aus dem Leitsatz Drittbetreuungskosten in der Steuerstrategie ergeben, sollen jedoch lediglich in einem zweiten Schritt angepackt werden. Damit sind die beiden Motionäre nicht einverstanden. Sie fordern: Aufgrund des Handlungsdrucks sind diese vorzuziehen und mit der in Umsetzung befindlichen Revision vorzulegen.»

Zur Erinnerung: Eine Mehrheit des Grossen Rates hat unlängst verlangt, dass die sich aus der Steuervorlage ergebenden Mehreinnahmen des Kantons zeitgleich (und nicht erst zeitlich verzögert) an die Bevölkerung zurückgegeben werden sollen. Aufgrund dieser Ergänzung wird die Vorlage voraussichtlich nicht wie vom Regierungsrat geplant Anfang 2024, sondern erst Anfang 2025 umgesetzt werden können. Geht es nach Freiermuth und Hilfiker, wird diese Vorlage dann also um höhere steuerliche Drittbetreuungsabzüge ergänzt. Auch eine allfällige (teilweise) Kompensation des höheren Drittbetreuungsabzugs durch die Mehreinnahmen aufgrund dieser Vorlage wäre für die Motionäre diskutabel.



Möbel Hubacher in Rothrist aus der Luft (aufgenommen im April 2018).

Andi Leemann

Ist Möbel Hubacher bald Geschichte?

Seit Wochen kursiert das Gerücht, dass das Möbelhaus Hubacher in Rothrist durch eine Pfister-Filiale ersetzt werden soll. Das sagt XXXL Lutz dazu.

Frok Boqaj

Das Gerücht, dass das Möbelhaus Hubacher in Rothrist demnächst durch eine Pfister-Filiale ersetzt werden soll, kursiert schon seit einigen Wochen. Doch ist an dem Gerücht auch tatsächlich etwas dran? Der Möbelgigant XXXL Lutz, zu dem auch die beiden Schweizer Möbelhäuser gehören, äussert sich gegenüber dieser Zeitung zu-

rückhaltend: «Der Standort Rothrist mit unseren Möbelhäusern Möbel Hubacher und XXXL Lutz ist für uns von grosser Bedeutung, und wir prüfen aktuell verschiedene Optionen, wie wir diesen Standort stärken und ausbauen sowie zusätzliche Arbeitsplätze schaffen können.»

Weiter lässt das österreichische Möbelhaus schriftlich mitteilen, dass das Ziel sei, Rothrist noch stärker zum Möbel-Zent-

rum der Deutschschweiz werden zu lassen. In diesem Zusammenhang arbeite das Unternehmen an diversen Projekten für die kommenden Jahre. Zumindest kurzfristig seien jedoch keine Änderungen am Standort in Rothrist vorgesehen.

Das Familienunternehmen Möbel Hubacher wurde 1943 in Basel gegründet. 1982 erfolgte der Umzug nach Rothrist. Kontinuierlich wurden die Ausstel-

lungsflächen des Möbelgeschäftes erweitert, wie das Unternehmen auf der Website schreibt. Heute werden die Möbel und Accessoires von Hubacher auf einer Fläche von 35 000 Quadratmetern präsentiert. 2015 wurde Möbel Hubacher von Pfister übernommen. Nachdem Pfister von XXXL Lutz übernommen wurde, gehört Möbel Hubacher nun ebenfalls zum österreichischen Möbelkonzern.

Unbekannter errichtet in Kölliken ein Hakenkreuz

Auf Facebook löst die Aktion heftige Reaktionen aus. Die Gemeinde verurteilt den Vorfall und hat bei der Polizei bereits Anzeige erstattet.

Kölliken Ein Einwohner bemerkte vor rund einer Woche etwas Bizarres, als er auf dem Weg zur Arbeit war: An der Kreuzung Wolfgrubenstrasse und Kanalweg in Kölliken fand er ein Nazisymbol aus Schneepfählen vor. Jemand hatte dort die Pfähle – vermutlich in der vorherigen Nacht – so hingelegt, dass sie das Hakenkreuz darstellten. Jedenfalls machte der Anwohner ein Foto davon und postete das Bild anschliessend auf Facebook.

Mittlerweile hat der Facebook-Post auf der Social-Media-Plattform heftige Reaktionen hervorgerufen. «Es gibt schon dumme Menschen. Und es ist

tragisch, dass sie teilweise noch zu dumm sind, um zu verstehen, was solche Symbole bedeuten», schreibt etwa ein Facebook-User. Andere User sind ebenfalls empört und finden die Aktion «einfach nur blöd».

Die Gemeinde Kölliken verurteilt den Vorfall aufs Schärfste und hat bei der Polizei bereits Anzeige gegen Unbekannt erstattet. Nach Angaben der Gemeinde handelt es sich bei den Schneepfählen, die in der besagten Nacht mutwillig «herausgerissen» worden sind, um Gemeindegut. Inzwischen seien die Schneepfähle wieder weggeräumt worden. (frb)



In Kölliken hat ein Unbekannter diverse Schneepfosten so hingelegt, dass sie ein Hakenkreuz darstellten.

Bild: Frok Boqaj